

Auch Schließung der Kreisklinik birgt finanzielle Risiken



Von Susanne Wildmeister

KREIS GROSS-GERAU - Die Entscheidung über die Zukunft der Kreisklinik wird eine „politische, aber auch eine finanzielle“. Das sagte Landrat Thomas Will (SPD) vor Journalisten während der Jahrespressekonferenz. Zentrale Fragen seien dabei vor allem, wie sich das prognostizierte Defizit der Klinik in den nächsten zehn Jahren entwickeln, aber auch wie sich eine Abwicklung wirtschaftlich auswirken wird. Die seit mehreren Jahren an der Kreisklinik tätige Beratungsfirma Andree Consult werde drei Schließungsszenarien vorlegen: für den besten, mittleren und

schlechtesten Fall, skizzierte Will. Die größte Schwierigkeit bestehe darin, belastbare Zahlen zu ermitteln.

Drei Szenarien zur Klinik-Abwicklung

- **HAUPTAUSSCHUSS**

Einen Klinik-Wirtschaftsplan ohne aktuelle Zahlen (wir berichteten) nahmen auch die Mitglieder des Hauptausschusses des Kreistags am Donnerstag zähneknirschend zur Kenntnis. Ein Zukunftskonzept soll in der ersten April-Woche vorliegen.

Peter Engemann (FDP/FW) kritisierte, man bewege sich „mit größten Bauchschmerzen“ auf „unsicherem Untergrund“. Er forderte, den Fraktionen ausreichend Zeit und Informationsmöglichkeiten einzuräumen, um sich auf die Klinik-Entscheidung im Mai vorzubereiten. Sowohl Fortführung als auch Schließung hätten ein „Risiko in nicht unerheblicher Größenordnung“.

Helmut Kinkel (FW-Bürgerliste) appellierte, den Blick nach vorn zu richten. „Wir haben die politische Verantwortung, die medizinische Nahversorgung sicherzustellen“.

Peter Ziemainz (CDU) kritisierte, an der Fortführung der Klinik sei in der Vergangenheit „nicht seriös gearbeitet“ worden. Immer wieder seien die Reduzierung von Schulden und „die schwarze Null in Aussicht gestellt“ worden. (fri)

Um im Kreistag im Mai ein Votum für eine Fortführung des Krankenhauses zu erreichen, müsse der jährliche Fehlbetrag deutlich unter drei Millionen Euro liegen, betonte Will. Klinik-Geschäftsführer Reinhold Linn habe bereits ein 25-seitiges Dossier ausgearbeitet. Das Konzept werde dem Kreisausschuss am 5. April vorgelegt.

Parallel dazu würden die Auswirkungen einer Schließung aufgezeigt. Dabei gebe es zwei große „Unsicherheitsfaktoren“. Fraglich sei, welche Summe der Kreis aus dem Krankenhausstrukturfonds erhalte, der gezielt den Abbau von Bettenkapazitäten fördert. Hier stünden Zahlen zwischen 15 und 25 Millionen Euro im Raum. Aktuell versuche man schriftliche Angaben aus dem Ministerium zu erhalten. Im Landesfonds stünden 72 Millionen Euro zur Verfügung. Wie diese Summe verteilt werde, sei noch fraglich. Die Beantragung von Mitteln aus dem Fonds muss bis 31. Juli erfolgen. Eine Schließung der Kreisklinik mache nur Sinn, wenn man diese Gelegenheit nutze und einen zweistelligen Millionenbetrag erhalte.

Weitere große Unbekannte ist laut Will eine zu zahlende Ablösesumme an die Zusatzversorgungskasse des Öffentlichen Dienstes. Ihr entgingen bei der Klinik-Schließung jährlich 1,2 Millionen Euro. Unter anderem stelle sich die Frage, ob eine Ausgleichszahlung nur für die aktuell rund 450 Beschäftigten oder auch für Mitarbeiter im Ruhestand zu zahlen seien. Andree Consult habe zunächst eine Summe von 12,5 Millionen Euro ermittelt, Schätzungen gingen zwischenzeitlich an die 50 Millionen Euro. „Ziemlich genau beziffern“ ließen sich hingegen mögliche Abrisskosten und Erträge aus der weiteren Nutzung des 60 000 Quadratmeter

großen Arealen oder erforderliche Zahlungen aufgrund bestehender Verträge, die in die Zukunft wirken.

Im Sinne einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung lenkt Thomas Will jedoch das Augenmerk vor allem auf den Erhalt des Krankenhauses. Klinik-Sanierer Tobias Bruckhaus, der von 2014 bis 2016 als Interimsgeschäftsführer tätig war, habe „das Ruder herumgerissen“. Auf dieser Grundlage habe Reinhild Linn nun zukunftsfähige Pläne entwickelt. Diese basierten auf den gültigen Versorgungsaufträgen für Chirurgie, Innere Medizin sowie Gynäkologie und Geburtshilfe. Darüber hinaus werde es keine zusätzlichen Fachbereiche geben. Ziel sei es daher, die Fallzahlen zu steigern. Außerdem strebe man eine höhere Zahl an Case Mix-Punkten an – dabei wird die Schwere der Fälle nach einer Abrechnungs-Maßeinheit definiert und nach Behandlungsaufwand vergütet.

„Wir brauchen Ärzte, die diese Fälle in die Klinik hineinziehen“, sagte Will mit Blick auf Mediziner innerhalb des Krankenhauses und ein Netzwerk aus kooperierenden Hausärzten. Eine Idee sei es beispielsweise, den drohenden Hausärzte-Mangel im Südkreis aufgrund fehlender Nachfolger zu nutzen. Hier könnten Versorgungszentren als Dependancen der Kreisklinik entstehen.

Für Südkreis ärztliche Versorgungszentren denkbar

Eine weitere Überlegung zur Nutzung von Synergieeffekten sei der Bau altersgerechter Wohnungen auf dem Gelände des „abrisssreifen Verwaltungsgebäudes“, das in den 1960-er Jahren als Schwesternwohnheim gebaut wurde. Die Klinikverwaltung könnte etwa in einem ohnehin notwendigen neuen Gebäude-Neubau der Kreisverwaltung auf der Freifläche neben dem Gesundheitsamt untergebracht werden.

Eine Modernisierung der Klinik – unter anderem im Entree-Bereich und in der Schaffung von Sanitäreinheiten in den Zimmern – ist laut Will aus den jährlichen Investitionspauschalen des Landes im Rahmen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes möglich. Pro Jahr erhalte das Krankenhaus 1,2 Millionen Euro. Diese könnten auch verwendet werden, um einen Kredit abzuzahlen. Zuletzt hatte Linn die Sanierungskosten für die nächsten Jahre auf rund 25 Millionen Euro beziffert.